

II-7556 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3796 IJ

1989-05-19

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Dillersberger, Dr. Frischenschlager
an den Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform
betreffend Entscheidungsverzögerungen im rechtsstaatlichen
Gefüge

Die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes werden aufgrund der von ihnen ausgeübten nachprüfenden Kontrolle verwaltungsbehördlicher Entscheidungen zweifelsfrei als Stützen unseres Rechtsstaates angesehen. Um jedoch dem rechtsstaatlichen Auftrag entsprechen zu können, sollte die Rechtsfindung dieser Höchstgerichte innerhalb eines angemessenen Zeitraumes erfolgen.

Nach einer, den unterfertigten Abgeordneten vorliegenden, Information ist die am 10.4.1985 beim Verwaltungsgerichtshof in einer Sozialversicherungsangelegenheit eingebrachte Beschwerde des Rentners Johann H. (VH 85/08/0001-4) hingegen bis dato unerledigt geblieben. Da derartige Entscheidungsverzögerungen soziale Härten auslösen und auch im rechtsstaatlichen Sinne bedenklich erscheinen, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Wie lange dauern durchschnittlich Verfahren an Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts?
- 2) Liegen die Gründe sämiger Erledigungen von Beschwerden in der personellen beziehungsweise finanziellen Unterdotierung der angesprochenen Gerichte?
- 3) Welche Maßnahmen sind seitens Ihres Ressorts geplant, den Rechtsfindungsprozeß des Verwaltungsgerichtshofes und des Verfassungsgerichtshofes zu beschleunigen?